

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/5775

Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein
Der Vorstand – Fabrikstr. 21 – 24534 Neumünster

Schleswig-Holsteinischer Landtag/Landeshaus
Sozialausschuss
Herrn Werner Kalinka
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Fabrikstraße 21
24534 Neumünster

Telefon: 04321 85448-0
Telefax: 04321 85448-12

info@pflegeberufekammer-sh.de
www.pflegeberufekammer-sh.de

Steuernummer
ID 20 235 2057 9
Gerichtsstand: Neumünster

apoBank
DE02 3006 0601 0006 3552 71
BIC DAAEDEDXXX

per E-Mail an: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Orga-Nr.: 340.4
06.05.2021

**Stellungnahme der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein zum Thema
Auswirkungen der Coronapandemie (Umdruck 19/5354, Drucksachen 19/2891 und 19/2864)**

Sehr geehrter Herr Kalinka,
sehr geehrter Herr Wagner,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Berücksichtigung der Pflegeberufekammer zur Abgabe einer Stellungnahme und zur Teilnahme am mündlichen Anhörungsverfahren zum Thema „Auswirkungen der Coronapandemie“.

Das leidige Thema Pflege-Bonus bzw. Corona-Prämie hat allen damit befassten Personen wieder einmal eindrücklich vor Augen geführt: Pflegefachpersonen übernehmen in allen erdenklichen Versorgungsbereichen wesentliche und unentbehrliche Aufgaben in der Gesundheitsversorgung. Sie leisten nicht nur in Krankenhäusern und in der Langzeitpflege einen bedeutenden Beitrag zur Gesundheitsversorgung, sondern auch in Hospizen, in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, in der Forensik, in Dialysepraxen, in Rehabilitationseinrichtungen und in weiteren Bereichen unseres Gesundheits- und Pflegewesens. Und sie tun das mit hohem Engagement und mit einer hohen Identifikation mit dem pflegerischen Berufsethos. Auch wenn schon vor der Pandemie Außergewöhnliches von ihnen abverlangt wurde, sie durch Personalmangel überall an ihre Grenzen kamen, waren sie doch bereit, in der Pandemie zusätzliche Energie zu mobilisieren: Um noch mehr Überstunden zu machen, in der Freizeit Hygienekonzepte zu schreiben – und zeitweise wöchentlich umzuschreiben, freiwillig Einrichtungen mit Ausbruchgeschehen zu unterstützen, sich privat zusätzlich einzuschränken, um sicherzustellen, keine Infektion in ihren Arbeitsbereich zu tragen.

In Lübeck wurde in Eigeninitiative mit engagierten Menschen aus allen Bereichen der lokalen Gesundheits- und Pflegeversorgung und dem Gesundheitsamt das "Gesundheitsnetzwerk COVID-19" aufgebaut. Es findet ein wöchentlicher Austausch statt. Dabei wurden folgende Problemfelder erkannt:

1. Handlungsempfehlungen und Landesverordnungen sind zu allgemein gehalten. Sie bieten in der praktischen Umsetzung viel Interpretationsspielraum, der verunsichert. In Folge haben einige Einrichtungen sehr restriktive Besuchskonzepte erstellt, mit allen belastenden Folgen.
2. Einrichtungen wird keine Zeit zur Umsetzung von Änderungen der Vorgaben gegeben. Sie erfahren die Änderungen mit der Bevölkerung oder kurz davor. Gleichzeitig müssen sie sich vor z. B. Besuchenden rechtfertigen, warum es noch nicht umgesetzt wurde. Das zeugt von einer schlechten Absprache des Sozialministeriums mit der Handlungsebene.
3. Pflege ist Mangelware. Das ist in der Pandemie überdeutlich geworden. Trotzdem wurden den Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten zusätzliche Aufgaben zugewiesen. Hier hätten Ressourcen auf übergeordneter Ebene gebündelt werden müssen, damit die Pflegenden, die wir haben, ihre Kernaufgaben wahrnehmen können.
4. Es zeigten sich Inkonsequenzen in den Verordnungen, wenn z. B. Pflegeheime aufwändige Testkonzepte leben und der Rettungsdienst das nicht braucht.
5. Das Vorgehen der Gesundheitsämter ist teilweise unkoordiniert. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Kontaktpersonen-Einstufung: Vorgaben des RKI werden in unterschiedlichen Landkreisen unterschiedlich interpretiert. Das hat Auswirkungen auf Mitarbeitende eines Teams, da die Zuständigkeit der Gesundheitsämter an den Wohnsitz geknüpft ist.
6. Lokale Initiativen erfahren von Seiten des Sozialministeriums wenig Wertschätzung.

Um die Gesundheitsversorgung (nicht nur) in einer Pandemiesituation sicherzustellen, benötigen wir flächendeckend Pflegemanager*innen in den Gesundheitsämtern. Wir benötigen dort Menschen, die den Alltag in Pflegeeinrichtungen, Pflegediensten und Krankenhäusern kennen und Ansprechpartner*innen für diese Einrichtungen sind. Pflegespezifische Fragen benötigen Pflegeexpert*innen, um pragmatische und fachlich tragfähige Lösungen im Interesse des Bevölkerungsschutzes zu finden. Professionelle Pflege hat in einer alternden Gesellschaft einen immer höheren Anteil an der Gesundheitsversorgung. Dem muss auch in der Struktur und der Aufgabenzuweisung des öffentlichen Gesundheitsdienstes Rechnung getragen werden.

Eine Pflichtaufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss es in Zukunft sein, regionale Netzwerke aufzubauen, die in Krisen – oder Pandemiesituationen sofort aktiviert werden können. Wissenschaftlich ist belegt, dass regionale Netzwerke ein zentraler Erfolgsfaktor in der Krisenbewältigung und Pandemiebewältigung sind. Und es darf nicht dem Engagement einzelner regionaler Akteure überlassen sein, solche Netzwerke aufzubauen.

Auch unabhängig von einer Pandemie wird es in Zukunft Pflege Themen geben, die nur vernetzt und einrichtungsübergreifend bewältigt werden können. Und es wird Situationen geben, in denen plötzlich pflegerische Leistungserbringer die Versorgung nicht mehr sicherstellen können. Der Mangel an Pflegepersonal wird sich noch zuspitzen. Auch aus diesem Grund brauchen wir dringend Pflegemanager*innen in den Gesundheitsämtern und eine regionale Netzwerkkoordination. Anders kann die Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt werden.

Und noch ein wichtiger Hinweis zum Schluss: Um die gesundheitliche Versorgung der Kinder und Jugendlichen während des Schulbesuches zu sichern, ist international der Einsatz von School Health Nurses (kurz School Nurses /Schulgesundheitspfleger*innen) üblich und bewährt. In Großbritannien, Finnland und Schweden, hat sich der flächendeckende Einsatz von School Nurses (nicht nur) in der Pandemie bewährt. Als spezialisierte Pflegefachpersonen übernehmen sie an Grund- und weiterführenden Schulen die Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention. Dieses von der WHO empfohlene Konzept sollte auch in Schleswig-Holstein etabliert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Patricia Drube
Präsidentin

Katrin Eilts-Köchling
Pflegefachexpertin der Pflegeberufekammer SH für
das Gesundheitsnetzwerk COVID-19 in der Hanse-
stadt Lübeck